

# M 12 Aktivitäten der Basisgruppe „Gerechtigkeit“

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt

5682/89  
VNe 1 1538  
XX 59071-

**Streng vertraulich**  
**Um Rückgabe wird gebeten!**

Karl-Marx-Stadt, 0. 6. 1989

Nr. .... / .....

5 Blatt  
+ Anlage  
1. Exemplar  
BSTU  
000315

## INFORMATION

über

weitere Aktivitäten der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" des "Konziliaren Prozesses" der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Zwickau

Abteilungs exemplar -

- 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt/Gen. BARTL  
Vorsitzender des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt
- 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Zwickau/Stadt  
Zentrale

Leiter der AKG

BSEU. C - XX - 227, Bl. 1

Oettmeier  
Überst

Der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt liegen weitere Informationen zu Aktivitäten der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" des sogenannten Konziliaren Prozesses der Evangelisch-Lutherischen Kirche Zwickau vor. Analog den von dieser Arbeitsgruppe inspirierten und organisierten kirchlichen Veranstaltungen in Mülsen St. Niclas, Kreis Zwickau, und Markneukirchen, Kreis Klingenthal, deren Thematiken sich gegen die staatliche Bildungspolitik, insbesondere das Unterrichtsfach Wehrerziehung, sowie die offiziellen Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 in der DDR richteten und worüber bereits berichtet wurde, fanden im Kirchenbezirk Zwickau drei weitere Veranstaltungen mit zum Teil gleichartigem Inhalt statt. In allen Fällen traten Kirchenamtsrat

R [REDACTED] Andreas

[REDACTED] 4,

BStU

000316

der Sprecher der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit"

B [REDACTED] Hans-Georg

[REDACTED]

und das Gruppenmitglied

M [REDACTED] Stephan

[REDACTED]

als die maßgeblichsten Organisatoren und Wortführer auf. In diesem Zusammenhang ist zu verzeichnen, daß entsprechend dem Veranstaltungsort die jeweils zuständigen Pfarrer der evangelisch-lutherischen Kirchgemeinden den Vorhaben der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" im "Konziliaren Prozeß" Zwickau zustimmend gegenüberstehen und als Mitorganisatoren der Veranstaltungen der Arbeitsgruppe wirken. So übernahmen die angesprochenen Pfarrer zumeist die Bekanntmachung der Veranstaltungen durch persönliche schriftliche Einladungen an aktive Kirchgemeindeglieder und traten selbst in den Veranstaltungen aktiv in Erscheinung.

Die Bestrebungen der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" gehen dahin, möglichst kontinuierlich und planmäßig Veranstaltungen in den Kirchgemeinden des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirk Zwickau und teilweise in benachbarten Kirchenbezirken innerhalb der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens durchzuführen. Neben der Verbreitung oppositionellen Gedankengutes wird damit das Ziel verfolgt

Interessenten für eine aktive Mitarbeit in den sogenannten Basisgruppen des "Konziliaren Prozesses" Zwickau zu gewinnen, die dann hauptsächlich als Kontaktpersonen zu den einzelnen Kirchgemeinden genutzt werden sollen. In diesem Zusammenhang entwickelt Kirchenamtsrat R. [REDACTED] zielgerichtet Bemühungen, um im Schuldienst stehende bzw. ehemalige Lehrer in die Arbeit des "Konziliaren Prozesses" Zwickau zu integrieren.

Die von der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" organisierten Veranstaltungen weisen im wesentlichen den gleichen Ablauf auf. Sie beginnen mit dem sogenannten Anspiel, anschließend folgen Ausführungen von Kirchenamtsrat R. [REDACTED] entsprechend der Thematik und die Diskussion. Dabei werden an die Anwesenden "Handreichungen" verteilt, die den Christen die gesetzlichen Grundlagen über ihre Rechte im Umgang mit staatlichen Organen vermitteln sollen und von Kirchenamtsrat R. [REDACTED] sowie dem Gruppenmitglied M. [REDACTED] zusätzlich erläutert werden. Die Veranstaltungen der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" fanden bei den Besuchern Anklang, und sie befürworteten in ihren Diskussionen die Wiederholung und Fortsetzung derartiger Zusammenkünfte.

Den der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt vorliegenden Erkenntnissen zufolge führte die "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" im Zeitraum vom 30. 5. 1989 bis 5. 6. 1989 nachfolgend aufgeführte drei Veranstaltungen im Kirchenbezirk Zwickau durch:

Am 30. 5. 1989 beteiligten sich zirka 40 Personen an der im Gemeinde-raum der Evangelisch-Lutherischen Pauluskirche Zwickau von 19.30 Uhr bis 21.15 Uhr abgehaltenen Veranstaltung, die durch die Anwesenheit der Pfarrer

B. [REDACTED] Wolfgang  
[REDACTED]  
[REDACTED]

und [REDACTED] Jochen  
[REDACTED]  
[REDACTED]

sowie den Diakon der Kirchgemeinde

M. [REDACTED] Klaus  
[REDACTED]  
[REDACTED]

der als Versammlungsleiter fungierte, mitgetragen wurde. In dieser Veranstaltung sprach das Mitglied der Bezirkssynode des Evangelisch-Lutherischen Kirchenbezirk Zwickau

B. [REDACTED] Ulrich  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]



zu "eigenen Erfahrungen" mit der sozialistischen Bildungspolitik und zu auftretenden Problemen als Christ. So hätten seine beiden Töchter, Schüler der 7. Klasse einer POS, gegenüber der Klassenleiterin erklärt, daß sie entsprechend dem Wunsch ihrer Eltern der FDJ nicht beitreten würden. Daraufhin habe die Lehrerin im Beisein der Mitschüler gegenüber einer Tochter erwidert: "Deine Eltern sind wohl Staatsfeinde?" Der Synodale B[redacted] erläuterte den Anwesenden dazu, daß er deswegen auf dem kirchlichen Dienstweg über den Superintendent Schritte unternommen hätte, so wie es Kirchenamtsrat R[redacted] bei der zuvor vorgenommenen Erläuterung der gesetzlichen Regelungen und bei auftretenden "Rechtsverletzungen" empfohlen habe.

Zum Abschluß der Zusammenkunft wurde für die Veranstaltung im September 1989 von den Teilnehmern unter den Themen "Pioniere und FDJ", "Jugendweihe", "Wehrkundeunterricht und Wehrerziehung" und "Wehrdienst bei der NVA" das Thema "Wehrkundeunterricht und Wehrerziehung" ausgewählt, worüber Diakon M[redacted] abstimmen ließ.

Am 3. 6. 1989 wurde eine weitere Veranstaltung der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" von 20.00 Uhr bis 22.00 Uhr im Klub der Volkssolidarität Zwickau-Oberhohndorf durchgeführt, die vom Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Matthäus-Markus-Kirchgemeinde Zwickau

N[redacted] Adalbert  
[redacted]

OSTO

000318

organisiert wurde. Daran beteiligten sich zirka 25 Personen.

Zur Thematik "Wehrkundeunterricht und Wehrerziehung" verwies Kirchenamtsrat R[redacted] in seinen Ausführungen darauf, daß diese gesamte Problematik in der Erziehung der Kinder vom Kindergarten über die Manöver "Schneeflocke" und die Hans-Beimler-Wettkämpfe sowie den Wehrunterricht in den Schulen, bei der vormilitärischen Ausbildung der Lehrlinge bis hin zum Wehrdienst selbst einen breiten Raum einnimmt. Der Sprecher der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit", B[redacted] verlas im weiteren Verlauf der Veranstaltung den Wortlaut eines sogenannten Zeugnisses der Betroffenheit der Dresdner Gruppe "Frauen für den Frieden", welches zur ersten Vollversammlung der "Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" vom 12. 2. 1989 bis 15. 2. 1989 in Dresden in Umlauf gebracht wurde. Dabei machte der B[redacted] darauf aufmerksam, daß es trotz wiederholter Bemühungen der Kirche noch nicht gelungen sei, mit den staatlichen Organen zu Fragen der Volksbildung ins Gespräch zu kommen. In dem während der Veranstaltung aufgeführten Rollenspiel wurden die Nichtteilnahme eines christlichen Schülers am Fach Wehrerziehung und daraus resultierende Diskriminierungen durch den Klassenlehrer dargestellt.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

5

Kirchenamtsrat R. [REDACTED] und der Sprecher der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit", B. [REDACTED], verteilten am Ende der Veranstaltung Handzettel mit der Überschrift "10 Tips für Gespräche mit schulischen und staatlichen Vertretern" (siehe Anlage), wobei R. [REDACTED] dazu erläuterte, die Kirche könne bei Fällen einer Diskriminierung oder Benachteiligung von Christen nur dann helfen, wenn die Eltern umfassende Angaben zum Sachverhalt liefern würden.

Die am 5. 6. 1989 von 19.30 Uhr bis 21.30 Uhr stattgefundene Veranstaltung der "Arbeitsgruppe Gerechtigkeit" in der Evangelisch-Lutherischen Lukaskirche Zwickau-Planitz, woran sich zirka 80 Personen beteiligten und die unter Mitverantwortung des Pfarrers der Kirchgemeinde

R. [REDACTED] Lothar  
[REDACTED]

BStU 000319
----------------

organisiert wurde, hatte im wesentlichen den gleichen Inhalt wie die Veranstaltung vom 3. 6. 1989. So äußerte eine männliche Person, die sich als ehemaliger Lehrer aus Berufung vorstellte, gegenüber den Anwesenden, sie wäre durch das Ministerium für Volksbildung aus seinem pädagogischen Beruf entfernt worden. Dieser Redner begründete dies damit, daß sein Sohn weder an der Jugendweihe noch am Fach Wehrezziehung teilgenommen habe.

Da in letzter Zeit sich die Herstellung und Verbreitung von Druckerzeugnissen immer mehr ausweiten, ist eine Prüfung dieses Sachverhaltes eingeleitet mit dem Ziel, gegen R. [REDACTED] und B. [REDACTED] ein Ordnungsstrafverfahren durchzuführen.

Beim nächsten Gespräch mit Vertretern des Landeskirchenamtes sollten diese illegalen Druckerzeugnisse, die zum großen Teil auch in der sogenannten Friedensbibliothek ausliegen bzw. aushängen, vorgelegt, auf die Gesetzwidrigkeit dieser Handlungen hingewiesen und die staatliche Erwartung zum Ausdruck gebracht werden, daß das Landeskirchenamt seinen Einfluß geltend macht, daß künftig die Herstellung und Verbreitung derartigen illegalen Schriftgutes durch Vertreter des "Konziliaren Prozesses" in Zwickau unterlassen werden.

Diese staatliche Erwartung sollte erneut verbunden werden mit dem Hinweis, daß derartige Verhaltensweisen dem Staat-Kirche-Verhältnis keinesfalls dienlich sind.

Abschrift

10 Tips für Gespräche mit schulischen und staatlichen Vertretern

1. Zeigen Sie, daß Sie nicht (ängstlich) warten, bis man mit Ihnen spricht, sondern daß Sie den Mut haben, selbst ein klärendes Gespräch zu erbitten bzw. auf Besuch warten.
2. Nehmen Sie Ihren Gesprächspartner gastlich und locker auf. Das entspannt beide Seiten. Weisen Sie auch auf die Notwendigkeit eines vertrauensvollen Miteinander zwischen Schule und Elternhaus hin.
3. Machen Sie (erforderlichenfalls wiederholt) die Punkte deutlich, bei denen Christen und Marxisten an einem Strang ziehen können. Gebrauchen Sie dabei Worte und Begriffe, die Ihrem Gesprächspartner vertraut sind.
4. Benennen Sie Ihrem Gesprächspartner auch die Punkte, an denen sich Christen bzw. Ihr Kind gesellschaftlich bzw. zum Wohl und Nutzen der Gesellschaft einbringen.
5. Weisen Sie darauf hin, daß es zwischen Christen und Marxisten auch Punkte mit unterschiedlichen Ansichten und Überzeugungen gibt und beide Seiten die Gelassenheit und Toleranz zeigen sollten, diese Verschiedenheiten weder zu verkleistern noch zu übertünchen.
6. Weisen Sie Ihren Gesprächspartner erforderlichenfalls darauf hin, daß nicht Schule oder Nichtchristen kompetent sind, festzulegen, was mit christlichem Gewissen vereinbar oder unvereinbar ist.
7. Weisen Sie auch darauf hin, daß es für jede Organisation oder Einrichtung besser ist, wirklich freiwillige und überzeugte Mitglieder zu haben und nicht halbherzige, unentschlossene Mitläufer.
8. Zeigen Sie (auch durch Hinweis auf "Paragraph" und "Absatz"), daß Sie über die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen informiert sind.
9. Tauschen Sie sich nach solchen Gesprächen immer mit anderen christlichen Eltern (möglichst in einem Gesprächskreis) über Verlauf und Ergebnis des stattgefundenen Gespräches aus und unterrichten Sie die anderen Christen über die Argumente, die Sie selbst und Ihr Gesprächspartner eingebracht haben.
10. Haben Sie den Mut, andere Christen zu bitten, für Sie die Hände zu falten. Unterrichten Sie bei entstandenen oder sich abzeichnenden Schwierigkeiten oder Benachteiligungen Ihren Pfarrer, den Superintendenten oder den Kirchenjuristen (Kirchenamtsrat).

Nur für innerkirchlichen Dienstgebrauch

SMZ 166. 04.89. Nr. 25 000